

Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.)

**Article — Digitized Version**

## Kurz kommentiert: Arbeitszeitverkürzung - Energieprogramm - Währungspolitik - UN-Sondersitzung - Entwicklungshilfe

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA) (Ed.) (1978) : Kurz kommentiert: Arbeitszeitverkürzung - Energieprogramm - Währungspolitik - UN-Sondersitzung - Entwicklungshilfe, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 58, Iss. 6, pp. 273-274

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135197>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

---

## Arbeitszeitverkürzung

### Keine Erfolgsgarantie

---

Die seit Jahren anhaltende hohe Arbeitslosigkeit hat in der letzten Zeit dazu geführt, daß die Diskussion um eine Verkürzung der Arbeitszeit wieder mit mehr Vehemenz geführt wird. Dies klang bereits im Frühjahrsgutachten der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute an und fand seinen vorläufigen Höhepunkt in der jüngst sowohl von Gewerkschaftsseite als auch von einigen Wirtschaftswissenschaftlern erhobenen Forderung, die Wochenarbeitszeit auf 35 Stunden zu senken. Mit dieser Maßnahme soll erreicht werden, daß das zur Verfügung stehende Arbeitsvolumen gleichmäßiger verteilt wird, und zwar so, daß möglichst jeder Arbeitnehmer einen Arbeitsplatz erhält.

Die für die Wirtschaftspolitik in diesem Zusammenhang interessanteste Frage ist, in welchem Umfang durch eine Verminderung der Arbeitszeit tatsächlich neue Arbeitsplätze geschaffen werden, ganz abgesehen davon, ob die Unternehmen diese dann auch mit geeigneten Mitarbeitern besetzen können. Dabei ist es zweifellos von Bedeutung, ob es gleichzeitig zu dem von den Gewerkschaften angestrebten vollen Lohnausgleich kommt. Sollte dies der Fall sein, dürften sich die Unternehmen eher noch mehr veranlaßt sehen, der Arbeitszeitverkürzung durch forcierte Rationalisierungsanstrengungen entgegenzuwirken. Im übrigen zeigen kürzlich vom Ifo-Institut im Rahmen seiner Unternehmensbefragungen durchgeführte Untersuchungen, daß eine Reduzierung der Arbeitszeit nur in recht geringem Umfang zu Neueinstellungen führen würde. Ähnlich lauteten auch Äußerungen aus der Wirtschaft. Bei der Abschätzung des Erfolgs einer solchen Maßnahme scheint somit eine gewisse Skepsis durchaus angebracht zu sein.

gh

---

## Energieprogramm

### Späte Erkenntnis

---

Seit dem letzten Herbst versucht die Bundesregierung, die im Grundsatz von allen Parteien geforderten staatlichen Hilfen für energiesparende Investitionen im Wohnungsbau in die Tat umzusetzen. Zunächst als Verwaltungsabkommen geplant, wurde das 4,35-Mrd.-Programm in das Wohnungsmodernisierungsgesetz eingebaut. Die CDU-geführten Bundesländer vertraten im Bundesrat einen der Regierungsintention entgegengesetzten Standpunkt hinsichtlich der Förderungsmodalität-

ten: Sie favorisierten Steuervergünstigungen für den Bauherrn anstelle der im Gesetzentwurf vorgesehenen Zuschüsse.

Hier zeigt sich wieder einmal deutlich, daß Einigkeit über die grundsätzlichen Ziele eines Programms in unserem föderalistisch gegliederten Staat nicht zwangsläufig zu gemeinsamem Handeln führen muß. Zumal nach den jüngsten Landtagswahlen ist anzunehmen, daß im Bundesrat die kontroversen Beurteilungen von Detailfragen noch häufiger als bisher zu machtpolitischen Auseinandersetzungen führen werden. Und wer will es den CDU-Ländern verdenken, wenn sie die vom Grundgesetz gewollten Möglichkeiten nach Kräften nutzen, schließlich beteiligen sie sich auch finanziell an den meisten Programmen der Regierung.

Die parteipolitische Konstellation in Bund und Ländern läßt es offensichtlich nicht mehr zu, daß bei entsprechenden Gesetzesvorhaben die spezifisch „sozialdemokratische Handschrift“ auch gegen den Willen der Opposition erkennbar bleibt. Insofern hat das zu lange Festhalten an der Zuschußregelung im oben genannten Gesetz insbesondere dem Kanzler eher geschadet, denn der Vermittlungsausschuß wird vermutlich vorschlagen, die Hälfte des Förderungsvolumens als Steuervergünstigung zu vergeben — genauso wie es ein Alternativgesetzentwurf des Landes Baden-Württemberg vorsah. Dieser „Kompromiß“ ist letztlich das Eingeständnis eines weitgehend eingeschränkten Handlungsspielraums der Regierung. Waren aber zu dieser Erkenntnis wirklich neun Monate erforderlich? rr

---

## Währungspolitik

### Große Schlange noch nicht in Sicht

---

Die Erweiterung der europäischen Währungsschlange wird auf dem EG-Gipfel am 7. Juli in Bremen zwar auf der Tagesordnung stehen, sicherlich aber keinen entscheidenden Durchbruch erfahren. Angesichts der mit einer großen Schlange verbundenen Probleme ist die Vorsicht der betroffenen Regierungen verständlich. Die potentiellen Beitrittskandidaten Frankreich, Großbritannien und Italien befürchten einerseits Exporteinbußen durch eine Bindung an die immer noch aufwertungsverdächtige D-Mark, andererseits eine Belastung ihrer Währungsreserven durch Interventionsverpflichtungen. Länder mit starken Währungen, wie z. B. die Bundesrepublik, müssen dagegen mit einer Aufblähung ihrer monetären Aggregate und unter Umständen mit einer Beschleunigung der Inflation rechnen.

Ein erweiterter europäischer Währungsverbund wäre jedoch ein wichtiger Schritt auf dem Wege zur Integration des europäischen Wirtschaftsraumes und könnte zur Belebung der Wirtschaftstätigkeit nicht nur in Europa, sondern weltweit beitragen. Eine Währungsunion mit fixierten Wechselkursen und möglicherweise sogar einer Euro-Währung, wie sie von Roy Jenkins im Oktober 1977 vorgeschlagen wurde, wird zwar in absehbarer Zeit nicht zu verwirklichen sein. In den meisten EG-Staaten sind aber die Bereitschaft zu einer gewissen Inflationsdisziplin und die Einsicht in die Vorteile eines geordneten Wechselkursystems soweit gewachsen, daß eine Zwischenlösung Aussicht auf Erfolg hat, sofern sie flexibel genug ist, um divergierende Entwicklungen in den Mitgliedsländern zu berücksichtigen. Dazu sind eine Reihe von Vorschlägen gemacht worden. Wenn am 7. Juli auch noch keine endgültige Entscheidung fallen wird, so sollten doch die Weichen für eine europäische Stabilitätszone gestellt werden. la

#### UN-Sondersitzung

### Aktionsprogramm für die Abrüstung

Für fünf Wochen tagt zur Zeit in New York die Generalversammlung der Vereinten Nationen zu Problemen der weltweiten Abrüstung. Die auf Betreiben von 108 Entwicklungsländern einberufene „größte und repräsentativste Versammlung, die sich je mit Abrüstung beschäftigt hat“ (Kurt Waldheim), hat sich zur Aufgabe gestellt, ein Aktionsprogramm zur Beschleunigung und Koordinierung von Abrüstungsmaßnahmen im Weltmaßstab zu verabschieden. Gleichzeitig soll ein Prinzipienkatalog formuliert werden, über den alle Staaten zumindest moralisch auf verstärkte Abrüstungsbestrebungen eingeschworen werden sollen.

Wie notwendig eine derartige Initiative ist, wird sowohl vor dem aktuellen Hintergrund der SALT- und MBFR-Verhandlungen deutlich, als auch allgemein in Anbetracht der rapide wachsenden ökonomischen und sozialen Folgekosten des Wettrüstens in der ganzen Welt. So stagnieren die Truppenverringergespräche zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt (MBFR) seit geraumer Zeit, und auch die Verhandlungen über die Begrenzung strategischer Waffen (SALT) zwischen den USA und der UdSSR bringen, trotz des jetzt zu erwartenden Abschlusses von SALT II, keine wirklich einschneidenden Erfolge. Gleichzeitig explodieren die Militärausgaben in fast allen Ländern. 1978 werden sie sich in der Welt auf 400 Milliarden US \$ belaufen.

Notwendigerweise werden auch die ökonomischen und sozialen Folgekosten immer unerträglicher.

Schon heute bringt jede Durchschnittsfamilie mehr Steuergelder für die Rüstung als für den Bildungssektor auf, und die Entwicklungsländer geben bis zu fünfmal soviel Devisen für Waffen wie z. B. für die Einfuhr landwirtschaftlicher Maschinen aus. Die umfassende Bindung ökonomischer Ressourcen im Verein mit dem existenzbedrohenden, militärisch nutzlosen Ausbau von „over kill“-Kapazitäten fordert von allen Akteuren mehr als nur verbale Bekenntnisse zur Abrüstung. wb

#### Entwicklungshilfe

### Begrenzter Beschäftigungsbeitrag

Für die immer wieder aufflackernde Diskussion über den Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und binnenwirtschaftlicher Konjunkturförderung wurden kürzlich neue Daten gesetzt. Die „Gemeinschaftsdiagnose“ der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute sieht Möglichkeiten zur Steigerung der deutschen Ausfuhren durch Aufstockung der Entwicklungshilfe, während eine im Auftrag des BMZ durchgeführte Prognos-Untersuchung hervorhebt, daß 1976 42 000 Arbeitsplätze durch Rückflüsse aus der Entwicklungshilfe sichergestellt wurden. Beide Hinweise zusammen scheinen den Entwicklungspolitikern eine wichtige Argumentationshilfe zu bieten.

Insofern überrascht es, daß der Zusammenhang zwischen Entwicklungshilfe und Konjunkturpolitik in der öffentlichen Diskussion bisher nur am Rande zur Sprache kam. So ist die Prognos-Studie – abgesehen von einigen Erklärungen des Ministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit – kaum erwähnt worden. Diese Zurückhaltung gerade in entwicklungspolitischen Kreisen mag dadurch erklärt werden, daß mit den Ergebnissen der Prognos-Studie die Forderung nach Wiedereinführung der Lieferbindung gekoppelt werden könnte, gegen die sich Parteien und Regierung wiederholt aus guten Gründen gewehrt haben: der entwicklungspolitische Nutzen wäre gering, und die Entwicklungspolitik würde auf die unabdingbar notwendige Eigenständigkeit im Rahmen der Gesamtpolitik verzichten müssen.

Vielleicht erklärt sich die Zurückhaltung aber auch aus der Erkenntnis, daß eine Aufstockung der Entwicklungshilfeleistungen im Vergleich zum Umfang der Arbeitslosigkeit sowie in Anbetracht der besonderen strukturellen Probleme allenfalls in sehr begrenztem Maße Abhilfe schaffen kann. Dementsprechend hat die Gemeinschaftsdiagnose auch vor Bestrebungen gewarnt, mit kurzfristigen Maßnahmen den Arbeitsmarkt in stärkerem Umfang zu entlasten, und statt dessen eine Steigerung der Investitionen befürwortet. mk